

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 27 (1986)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Nicaragua  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093439>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Peter Sager nach einem dritten Besuch

# Nicaragua

**Nach einem dritten Besuch in Nicaragua beginnt Peter Sager hier seinen neuen Bericht über dieses Land. Heute geht es um die Lage der Menschenrechte und um den Stand der Militarisierung.**

Mein dritter Besuch in Nicaragua – nach Januar 1984 und Juli 1985 nun im April 1986 – erfolgte im Rahmen einer Gruppenreise von Parlamentariern, der die Nationalräte Pascal Couchepin (FdP), Jacques-Simon Eggly (Lib.), Dr. Theo Fischer (CVP) und Dr. Georg Stucky (FdP) sowie als Sekretär Dr. Pierre Gygi angehörten. Der Bedeutung der Gruppe entsprechend konnten intensive und zahlreiche Gespräche mit Leuten aus allen Bevölkerungsschichten, mit Vertretern der Regierung und der Opposition geführt werden. Besuche in El Salvador und Costa Rica erlaubten zudem, die Einstellung dieser beiden Nachbarstaaten zu ergründen.

Die zahlreichen Gespräche bestätigten und vertieften die Erfahrungen und Erkenntnisse aus früheren Studien und Reisen, über die hier ausführlich berichtet worden ist (u. a. ZB Nrn. 2 und 3/1982, 2 und 15/1984, 11 und 17/1985). Nachfolgend neue Informationen, die ohne allzu viele Wiederholungen doch in einen Zusammenhang gestellt werden müssen.

### Menschenrechte

Die Permanente Menschenrechtskommission (CPDH) wurde am 20. April 1977 gegründet, um die Menschenrechtsverletzungen unter Somoza zu untersuchen. Sie erhielt breite Unterstützung aus dem Ausland, auch aus Westeuropa, namentlich aus kirchlichen und linken Kreisen. Damals konnte die CDPH auf das internationale Informationsnetz dieser Organisationen zurückgreifen.

Die Kommission setzte ihre Arbeit nach der Revolution von 1979 fort, da rasch sichtbar wurde, dass Menschenrechtsverletzungen unter den Sandinisten nun institutionalisiert worden sind. Seither wird, wie Kommissionsmitglieder uns gegenüber ausgesagt haben, der CDPH die Unterstützung der früheren Kreise mehr und

mehr entzogen; zudem hat sie Mühe, ihren Untersuchungsergebnissen internationale Publizität zu verschaffen. Die Sandinisten wollten die CDPH schliessen; deren Büros wurden im Februar 1981 besetzt, die Archive geöffnet, Akten entwendet oder photokopiert. Doch der internationale Protest zwang die Regierung, die CDPH zu tolerieren.

Die Kommission wird in ihrer Tätigkeit allerdings systematisch behindert: Abschaltung von Licht und Telefon, Überwachung der Mitglieder, Diebstahl von Dokumenten, Verbot der Besuche Inhaftierter durch die Juristen der Kommission, Zensurierung ihres Bulletins (seit November 1985 konnte es wegen angedrohter Gefängnisstrafen nicht mehr erscheinen).

Die CDPH arbeitet sorgfältig. Opfer von Menschenrechtsverletzungen (oder deren nächste

Angehörige) müssen detailliert aussagen und ein ausführliches Protokoll unterzeichnen. Die Aussagen werden soweit als möglich auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft, mit anderen Aussagen verglichen, an zusätzlichen Informationen gemessen. Bis heute hätten der CDPH keine Fehler oder Falschangaben nachgewiesen werden können, da nur Fälle von Ermordungen, Folterungen, Entführungen, Einschüchterungen und Gefangennahme dargestellt werden, die von zweiter Seite Bestätigung finden.

Im Jahre 1985 sind im Monatsdurchschnitt rund 100 solcher Fälle aufgenommen und behandelt worden, im Januar 1985 waren es 143, im Februar 176 Fälle: Beweis für die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen im Bestreben, die immer noch legale Opposition einzuschüchtern. Insgesamt gebe es rund 7000 politische Häftlinge, und auch diese Zahl sei im Ansteigen.

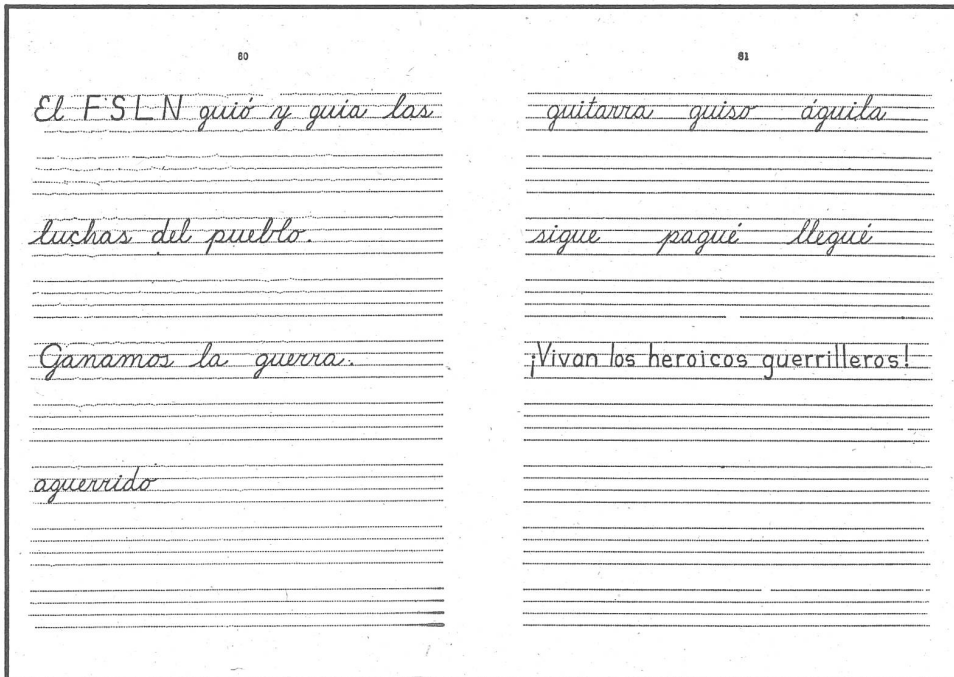
Zum Strafvollzug gibt es drei Arten von Haftanstalten: Institutionen des Staatssicherheitsdienstes, des allgemeinen Haftvollzugs und des offenen Strafvollzugs.

In den neun Gefängnissen (je eines pro Region) des Staatssicherheitsdienstes (DGSE) spotten die Verhältnisse einer Beschreibung. Wir haben drei Personen gesprochen, die diesen Bedingungen unterworfen gewesen waren: Zellen unter Tag, ohne Licht, mit einer Luftzufuhr durch eine kleine Öffnung in der Decke, ohne Liege, nur mit einer Sitzgelegenheit, praktisch ohne Möglichkeit zur Bewegung, meistens mit Besuchsverbot; dreimal wird das Essen durch eine kleine Öffnung in der Tür gereicht, und für die Bedürfnisse ist ein Loch im Boden vorhanden.

In den Gefängnissen des allgemeinen Haftvollzugs, wo kriminelle und politische Gefangene, aber separat, untergebracht werden, sind die Verhältnisse etwas besser, aber dennoch ungenügend. Verwandte müssen tagelang vor den Gebäuden auf die Besucherlaubnis warten,



**Vorstandsmitglieder der Menschenrechtskommission (CPDH) vor ihrem Büro in Managua. Rechts der Geschäftsführer L. Hernandez. Der Sitz ist mit Gittern gegen menschenrechtsfeindliche Eindringlinge geschützt, und die Kommissionsmitglieder sitzen vorderhand erst so hinter Gittern.**



Dieses Schreibheft für Erstklässler in Nicaragua ist, wie vorne vermerkt wird, in «solidarischer Zusammenarbeit» in der DDR gedruckt worden. Hier die Seiten 80 und 81 aus «Los Carlitos I. Cuaderno de Escritura. Primer Grado». Die ersten drei Zeilen links lauten in Übersetzung: «Die FSLN lenkte und lenkt die Kämpfe des Volkes. Wir werden den Krieg gewinnen.» Dann folgen Übungswörter bis zur letzten Zeile: «Es leben die heroischen Guerilleros!» FSLN ist die Abkürzung für Sandinistische Front der nationalen Befreiung.

und den Politischen ist ein Besuch je Quartal zugestanden. Die Ernährung ist unzureichend.

Im offenen Strafvollzug – meistens handelt es sich um eine Art Kollektive – sind die Gefangenen nicht in Zellen untergebracht; sie können tagsüber arbeiten und beliebig Besuche empfangen. Es handelt sich bei den Insassen vorwiegend um ehemalige Angehörige in untern Rängen der Nationalgarde Somozas, die als «Vertrauenshäftlinge» eingestuft werden. Diese «Gefängnisse» geben zu keinen Beanstandungen Anlass; sie werden ausländischen Besuchern als Beweis für den humanen Strafvollzug des sandinistischen Regimes vorgeführt.

Weitere Menschenrechtskommissionen bestehen in Städten auch ausserhalb Managuas. Sie arbeiten mit der CPDH zusammen und nach deren Methoden. Unsere Gruppe traf sich auch mit der Menschenrechtskommission in Leon und hatte Gelegenheit, mit einer Frau zu sprechen, deren beide Brüder Mitte November und anfangs Dezember letzten Jahres inhaftiert worden sind. Der eine starb im Februar wegen innerer Verblutung als Folge von Folterungen, der andere war schwer erkrankt, weil er nach der Desinfizierung der Zelle mit offenbar giftigen Mitteln zu früh zurückgeführt worden war.

Der eine der Brüder wurde inhaftiert, obwohl er keine politische Tätigkeit ausgeübt hatte, weil sein Name von einem andern politischen Häftling – vermutlich unter Folterung – genannt worden war. Hierbei handelt es sich um einen Prof. Reyes, in dessen Haus 1984 der damalige demokratische Präsidentschaftskandidat Arturo Cruz übernachtet hatte. Cruz hatte sich später aus den Wahlen zurückgezogen, weil das Versprechen auf einen Wahlkampf mit

Gleichberechtigung für beide Kandidaten nicht eingehalten worden war. Der andere Bruder wurde inhaftiert, weil er sich um ein Ausreisevisum nach Mexico bemüht hatte.

Die Ausreise aus Nicaragua ist zwar im Vergleich zu den osteuropäischen Vorbildern der Sandinisten weitgehend frei, doch nur für Frauen und Männer, die nicht dienstpflichtig sind.

## Militarisierung

Unter Somoza gab es keine Armee, dafür eine Nationalgarde mit einem Bestand von 7000 Mann. Sie reichte aus, um die Bevölkerung in Schach zu halten. Mangels äusserer Bedrohung waren auch keine Verteidigungsaufgaben wahrzunehmen. Der südliche Nachbar Costa Rica hatte 1948 auf eine Armee verzichtet und sich neutral erklärt; der nördliche Nachbar Honduras hatte keine Ansprüche an Nicaragua, wohl aber an El Salvador, und letzteres stellte ebenfalls keine Bedrohung für Nicaragua dar.

Mittlerweile ist dieses Land einer sehr weitgehenden Militarisierung unterworfen worden – kurz nach der Revolution wurde die Dienstpflicht eingeführt; heute gilt sie vom 17. Altersjahr an. Dank sowjetisch-kubanischer Rüstungshilfe verfügt Nicaragua über die stärkste Militärmacht in Zentralamerika und eine der stärksten in ganz Lateinamerika. Der Sollbestand der militärischen Kräfte beträgt 50 000 Mann; daneben wird eine Miliz ausgebildet, die schliesslich 200 000 Männer und Frauen umfassen wird. Das waren die bisher bekannten Zahlen.

Vizestaatspräsident Sergio Ramirez hat in einem Gespräch mit Vertretern unserer Gruppe behauptet, es seien 300 000 Menschen bewaffnet, wovon 25 000 Angehörige der Armee. Er nahm dies zum Beweis dafür, dass das sandinistische Regime im Volk verankert sei, zumal ein unpopuläres Regimes sich nicht erlauben würde, über 10 % der Bevölkerung zu bewaffnen. Dem Argument zuliebe mochte er etwas übertrieben haben: Schätzungsweise stehen 200 000 Männer und Frauen unter den Waffen, und der heutige Bestand der Berufarmee dürfte zwischen 25 000 und 50 000 Mann betragen.

Das Argument des Vizestaatspräsidenten stimmt jedoch aus einem ganz andern Grunde nicht. Wir haben nämlich etliche Eltern angehtroffen, deren Kinder eingezogen worden sind: Diese sind zwar bewaffnet, bleiben aber ohne Munition; damit sind bloss die Berufssoldaten versehen.

So oder so: Die Militarisierung ist überaus eindrucklich. Die seit 1979 geleistete sowjetische Rüstungshilfe wird neuerdings auf 500 Millionen geschätzt. «Hilfe» ist nicht der zutreffende Begriff, denn diese Lieferungen müssen bezahlt werden. Die Militärausgaben belasten den Staatshaushalt mit eindrucklichen 40 %, und darunter hat die Wirtschaft ganz enorm gelitten.

Warum eine derart massive Militarisierung? Die offizielle und in Westeuropa stark verbreitete Begründung lautete bislang dahin, dass die Verteidigungsbereitschaft wegen einer drohenden amerikanischen Invasion auf den höchstmöglichen Stand gebracht werden müsse. Eine solche unmittelbar bevorstehende US-Invasion ist denn auch mehrmals und mit ganz präzisen Daten angekündigt worden, und westeuropäische Zeitungen haben dem Ereignis, das nie eintrat, Schlagzeilen auf Vorschuss gewidmet.

Auch dieses Argument entbehrt jeglicher Stichhaltigkeit. Der Sturz Somozas ist von den USA durchaus begrüsst worden, und Präsident Carter hat danach die Wirtschaftshilfe an Nicaragua beträchtlich angehoben: In den zwei Jahren nach Somoza betrug die US-Hilfe das Vierfache im Vergleich zu den letzten zwei Jahren unter Somoza. Da die Revolution vom Juli 1979 vom Volk getragen war, gab es keine Opposition gegen das neue Regime und keine Contras.

Mit dem Argument der wegen einer US-Intervention benötigten Verteidigungskraft wird ein eindeutiger historischer Vorgang ins Gegenteil verkehrt, zumal mit der Militarisierung und deren Kosten auch gewisse Repressionsmassnahmen gerechtfertigt werden. Die sandinistische Darstellung des Ablaufs ist die: Revolution – Konterrevolution – Militarisierung – Repressionen aus Not.

**In Tat und Wahrheit erfolgte der Ablauf in umgekehrter Reihenfolge:** Nach der Revolution wurden sofort Repressionsmassnahmen ergriffen. Die Militarisierung wurde bereits im Oktober 1979 an einer dreitägigen Geheimkonferenz

der Sandinisten beschlossen (das «72-Stunden-Dokument», das später bekannt wurde). Das führte zu Unzufriedenheit und Enttäuschung in der Bevölkerung und zu Bekundungen des Widerstandes erst seit 1981. Die Nichteinhaltung des Versprechens einer Demokratisierung veranlasste schliesslich die Amerikaner, die demokratischen Gegenkräfte zu unterstützen.

Wir stellten die Frage nach den Gründen für die Militarisierung auch dem ausserordentlich intelligenten Generalsekretär des Aussenministeriums in Managua, und zwar mit dem Hinweis auf den sehr frühen Militarisierungsbeschluss. Seine Antwort: «Wir haben aus der Geschichte gelernt, dass jeder Revolution eine Konterrevolution folgt, und uns daher sofort darauf vorbereitet, sie abzuwehren zu können.» Wir hatten das Gefühl, dass es dem talentierten Mann leid tat, uns mit einer so fadenscheinigen und unhaltbaren Ausrede abfertigen zu müssen.

Es sind andere Gründe für die Militarisierung verantwortlich. Nicht in erster Linie die Contras, deren Stärke von Regierungskreisen mit 5000 Mann angegeben und die als besiegt betrachtet werden. Die sofortige Militarisierung erlaubte dem harten Kern der sandinistischen Junta, sofort nach dem Sturz Somozas ein Machtinstrument zur Kontrolle der Bevölkerung in den Griff zu nehmen.

Sodann wird in der militärischen Ausbildung der Ideologisierung erhebliches Gewicht zugemessen: Die ersten zwei Monate der Rekrui-

tenschulen sind diesem Ziel gewidmet. Die Schulen halten in ihrem Ideologieunterricht Gegenrecht und fördern ihrerseits die Militarisierung (siehe Bild aus einem Lehrbuch für das Rechnen in ZB Nr. 4/1986). Schliesslich soll das Schicksal des Volkes über die Armee mit dem des Regimes verknüpft werden. Das ist kein überflüssiges Unterfangen, da die Armee in der Bevölkerung noch immer als Privatinstrument einer politischen Partei und nicht des Staates betrachtet wird.

Fortsetzung folgt

CH-Rubrik

## Meinungsterror

Die Meinungsmache, wie sie seit geraumer Zeit zum Wohle der sandinistischen Commandantes in der Schweiz betrieben wird, hat sich zum Meinungsterror entwickelt: Die Pressekonferenz der neugegründeten «Vereinigung Demokratisches Nicaragua», einer Gruppierung von Schweizern und Schweizerinnen, die sich für die Verwirklichung der Menschenrechte (und

damit für echte demokratische Verhältnisse) einsetzen, wollte ein Störtrupp linksextremer Rowdys sprengen. Was diesen nicht gelang, versuchten anschliessend einige der anwesenden Journalisten durch verbale Aggressivität zu provozieren.

Die anwesenden oppositionellen Nicaraguaner fühlten sich an den heimischen Politalltag erinnert. Doch für die Schweiz gehört diese Pressekonferenz vom 12. Mai in Zürich zu den beschämendsten Vorgängen der letzten Zeit. Es erinnert allzusehr an die braunen Rollkommandos vergangener Zeit, die jenseits des Rheins der Opposition den Mund mit faulen Eiern stopften.

Der ganze Vorgang hat aber auch etwas Ermutigendes: Er illustriert in aller Deutlichkeit, dass den prosandinistischen Kreisen die Argumente ausgehen beziehungsweise dass sie der Kritik am gegenwärtigen Regime nichts entgegensetzen können. Das ist das eine. Zum andern signalisiert es steigende Nervosität. Einer der wichtigsten Gründe dafür dürfte die Tatsache sein, dass sich in diesen Wochen innerhalb der Entscheidungsgremien der Sozialistischen Internationalen (SI) eine Korrektur der bisherigen Unterstützungspolitik gegenüber dem sozialistischen Experiment in Nicaragua anbahnt.

So rettet sich die SI vielleicht doch noch fünf vor zwölf in den Anstand, den Teile seiner Genossen und linken Verbündeten so schmerzlich vermissen lassen. *just*

## Schweizerisches Ost-Institut

Das SOI sucht per sofort eine(n)

### Buchhalter(in)

wenn möglich mit EDV-Kenntnissen. Der Verantwortungsbereich umfasst die gesamte Buchhaltung, die Betreuung der EDV-Anlage (WANG) und Mithilfe im Personal- und Administrationsbereich.

Voraussetzung sind Initiative und Flexibilität, kaufmännische Grundausbildung mit Buchhaltungserfahrung und Verantwortungsfreudigkeit. Einführung wird gewährleistet.

Interessenten bitten wir, uns ihre Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Foto) mit handschriftlichem Begleitbrief zuzustellen. Wir sichern die gewünschte Diskretion zu.

Gleichzeitig suchen wir einen

### Teilzeit-Juristen

zur Leitung unseres Asylbüros. Zum Aufgabenbereich gehören die Beratung und Unterstützung für Flüchtlinge aus Osteuropa, das Abfassen von Rechtsschriften und die Bearbeitung von Anfragen im Asylbereich.

Wenn Sie als pensionierter Jurist oder als Juristin mit Familie eine abwechslungsreiche Teilzeitbeschäftigung suchen und im Grossraum Bern leben, melden Sie sich bei uns.

Schweizerisches Ost-Institut (SOI), Jubiläumsstrasse 41  
Postfach, 3000 Bern 6, Telefon 031 43 12 12